

## DISKUSSIONSPAPIER

### **Fachgespräch Wohnungen für Flüchtlinge und Asylsuchende in Treptow-Köpenick am 13. Mai 2014**

#### *Thematische Einführung*

In einem vom Projekt InteraXion veranstalteten Fachgespräch *Wohnungen für Flüchtlinge und Asylsuchende in Treptow-Köpenick*, das am 13. Mai 2014 in den Räumen des *Zentrums für Demokratie Treptow-Köpenick* (ZfD) stattfand, machten sich die Anwesenden für einen berlinweiten Runden Tisch der Wohnungsbaugesellschaften und des Berliner Senats zur Verbesserung der Wohnsituation von Geflüchteten und Asylsuchenden stark.

Die Initiative für ein solches Fachgespräch ist bisher einmalig und stieß auf große Resonanz im Bezirk. Anwesend waren neben Martina Mauer (*Flüchtlingsrat Berlin e.V.*) und Dr. Hans Erxleben (Vorsitzender des Integrationsausschusses in der BVV) auch Vertreter\_innen verschiedener Gemeinschaftsunterkünfte, Bezirksamtsmitarbeiter\_innen sowie zivilgesellschaftlich Engagierte. Uwe Fuhrmann (Mitarbeiter der *Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND*) stand Rede und Antwort und unterstrich auch die gesellschaftliche Verantwortung der Wohnungsbaugesellschaften. Gleichwohl musste er Hoffnungen bremsen, die Schaffung neuen Wohnraums in Berlin ziehe automatisch eine Verbesserung der Wohnsituation von Geflüchteten nach sich.

Angesichts der steigenden Zahl von Geflüchteten und Asylsuchenden sowie der dramatischen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt der Hauptstadt hat diese Gruppe kaum noch eine Chance auf angemessenen Wohnraum. Die Teilnehmenden bestätigten die Einschätzung, dass sich die Wohn- und Lebenssituation von geflüchteten Menschen in den vergangenen 20 Jahren nicht verbessert habe. Lebten 2010 in sieben Unterkünften 1.500 Menschen, so sind es derzeit bereits 8.800 in 38 Unterkünften. Nur noch weniger als die Hälfte der Asylsuchenden und Geflüchteten können in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Menschen, die einen geregelten Aufenthaltsstatus oder eine Duldung haben, müssen oft über Monate und Jahre in Gemeinschaftsunterkünften und damit quasi in der Wohnungslosigkeit zubringen.

Dabei ist es aus verschiedenen offensichtlichen Gründen sinnvoll, geflüchtete Menschen und Asylsuchende in Wohnungen unterzubringen:

Die Unterbringung in Sammelunterkünften ist auf Dauer unangemessen und kann verschiedene Folgen zeitigen. Es fehlt an Platz und Privatsphäre. Die hygienische Situation ist oft unzureichend. Ehemalige Schulen und Verwaltungsgebäude können kaum als geeignet für die Unterbringung von Menschen bezeichnet werden. Kostenintensive Investitionen werden oft nicht oder nur unzureichend vorgenommen. Auch die vom *Landesamt für Gesundheit und Soziales* (LAGeSo) formulierten Mindestanforderungen an Bau und Betrieb dieser Einrichtungen reichen kaum, um eine menschenwürdige Unterbringung auf Dauer zu gewährleisten.

Die Unterbringung in Sammelunterkünften ist teuer und kostet bis zu 15 Euro pro Tag/pro Person. Die Unterbringung in Wohnungen und die Möglichkeit der Selbstversorgung wäre für Stadt und Bezirke preiswerter.

Die Separierung von Geflüchteten in für Alle sichtbaren Einrichtungen kann rassistische Ressentiments verstärken und dient rassistischen „Bürgerinitiativen“ und NPD zur Lokalisierung eines Feindbildes. Auch aktuell zeigt sich am Beispiel „Hellersdorf“, dass die Unterbringung von hunderten Menschen in einer Unterkunft weder zeitgemäß noch absolut sicher ist.

## Diskussion und Ergebnisse

Die Anwesenden stellten in einer angeregten Debatte folgende zentrale Punkte heraus:

1. Es muss ein Runder Tisch „Wohnungen für Flüchtlinge“ auf Landesebene etabliert werden, an dem das Land Berlin, d.h. die *Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales* bzw. das untergeordnete *Landesamt für Gesundheit und Soziales* (LAGeSo), die Bezirksämter sowie die Wohnungsbaugesellschaften beteiligt sind.
2. In diesem Rahmen muss über eine Erhöhung des in dem zwischen dem Land Berlin und den beteiligten Wohnungsbaugesellschaften geschlossenen Kooperationsvertrag festgelegten Kontingentes gesprochen werden. Hier stehen insbesondere die Wohnungsbaugesellschaften in der Pflicht. Diese haben eine gesellschaftliche Verantwortung, die auch gegenüber geflüchteten Menschen und Asylsuchenden Geltung hat.
3. Die Arbeit der neu geschaffenen Beratungsstelle *Wohnungen für Flüchtlinge*, angesiedelt beim *Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk gAG* (EJF), zeigt erste Erfolge. Die Stelle hat Modellcharakter. Über eine stärkere Kooperation mit den Bezirksämtern sollte nachgedacht werden, denn bisher können bei der Anlaufstelle nur Geflüchtete beraten werden, die über das *Landesamt für Soziales und Gesundheit* (LAGeSo) bezugsberechtigt sind. Menschen, die bspw. den Status einer Duldung haben, können von der Anlaufstelle bisher nicht berücksichtigt werden und haben daher große Probleme, angemessenen Wohnraum zu finden.
4. Es bedarf sowohl einer personell besseren Ausstattung als auch der fortwährenden Qualifizierung von Mitarbeiter\_innen in den zuständigen Behörden. Hierzu soll der vorgeschlagene Runde Tisch „Wohnungen für Flüchtlinge“ genutzt werden.
5. Es müssen Handreichungen und Leitfäden für Mitarbeiter\_innen in Wohnungsbaugesellschaften, Gemeinschaftsunterkünften, Ämtern sowie ehrenamtliche Unterstützer\_innen erstellt werden, die die Wohnungssuche von Geflüchteten erleichtern.
6. Die Unterstützung ehrenamtlicher Unterstützer\_innen bei der Wohnungssuche muss stärker gefördert werden. Es bedarf der Koordinierung und Professionalisierung dieser unentbehrlichen Tätigkeit engagierter Menschen.
7. Über alternative Möglichkeiten der Wohnungsvermittlung an Geflüchtete muss nachgedacht werden. Hierzu sollen innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft Konzepte erarbeitet und diskutiert werden.  
Bspw. sollte die Anmietung von Wohnungen durch Vereine zum Zweck der Untervermietung an Geflüchtete geprüft werden (Trägerwohnungen). Dadurch wäre eine fortlaufende Nutzung der Wohnungen möglich. Es stellt sich allerdings die Frage, wie angesichts der Wohnraumsituation in der Stadt das Modell der Trägerwohnungen wieder nutzbar gemacht werden kann.  
Auch kann über ein „Auszugsmanagement“ unter Regie der Bezirksämter diskutiert werden. Hier dient das sog. Kölner Modell, das vom dortigen Flüchtlingsrat erarbeitet und von der Kommune übernommen wurde als Vorbild und Anregung.

## Zum Nachlesen

Reader „Wohnen für Flüchtlinge in Berlin - Sammelunterkünfte oder Mietwohnungen“ (Flüchtlingsrat Berlin e.V.)

[http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reader\\_Wohnen\\_AsyL\\_2013.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Reader_Wohnen_AsyL_2013.pdf)

Gutachten „Kostenvergleich der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen und Sammellagern“ (Bayerischer Flüchtlingsrat)

[www.fluechtlingsrat-bayern.de/tl\\_files/PDF-Dokumente/10-04\\_Gutachten\\_Unterbringungskosten\\_Bayern\\_mit\\_Zahlen\\_Sozialministerium.pdf](http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/tl_files/PDF-Dokumente/10-04_Gutachten_Unterbringungskosten_Bayern_mit_Zahlen_Sozialministerium.pdf)

„Geschütztes Marktsegment“ (LAGeSo)

<http://www.berlin.de/lageso/soziales/marktsegment/>

„Auszugsmanagement“/ Kölner Modell (Kölner Flüchtlingsrat)

<http://kölner-flüchtlingsrat.de/old/front.php?bulletID=114&artID=355>

„Gemeinsame Resolution“ von SPD, Kreisverband Spandau, und der Alternativen Liste Spandau – Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2014

<http://alspandau.de/Aktuelles/Gemeinsame%20Resolution%20KV%20Spandau%20SPD%20und%20Gr%C3%BCne-AL%2014-02-%20%202014.pdf>

Für Rückfragen stehen wir Ihnen/ Euch jeder Zeit per Email ([interaxion@offensiv91.de](mailto:interaxion@offensiv91.de)) oder telefonisch (030 | 65 48 72 93) zur Verfügung.

Eine Veranstaltung von:



InteraXion  
Anlaufstelle für Migrant\_innen |  
antirassistische Bildung Treptow-Köpenick